

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die 15. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises**  
**in der 10. Wahlperiode 2014/2019**

in Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal  
am Donnerstag, 02. März 2017, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführerin: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

**I. Eröffnung und Begrüßung:**

Landrat Werner eröffnet die 15. Sitzung des Kreistages des Donnersbergkreises in der 10. Wahlperiode 2014/2019 und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

**II. Erweiterung der Tagesordnung**

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil um Punkt

8. Anfrage der FDP Fraktion zu den befristeten Beschäftigungsverhältnissen im Donnersbergkreis

**III. Tagesordnung:**

**A) Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift der 13. Sitzung vom 16. November 2016 sowie der 14. Sitzung vom 15.12.2016
2. Einwohnerfragestunde
3. Westfalzklinikum GmbH – insbesondere Standorte Kirchheimbolanden und Rockenhausen; Situationsbericht des Geschäftsführers Peter Förster
4. Bericht der Integrationsbeauftragten
5. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) zur Übernahme, Transport und Entsorgung/Verwertung des Grünschnitt-Feinanteils

6. Nachwahl von Ersatzpersonen
  - a) in den Schulträgerausschuss des Donnersbergkreises
  - b) in den Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises
7. Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben
8. Anfrage der FDP Fraktion zu den Beschäftigungsverhältnissen im Donnersbergkreis

## **A) Öffentlicher Teil**

### **Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 13. Sitzung vom 16. November 2016 sowie der 14. Sitzung vom 15.12.2016**

#### I. Sachverhalt:

Auf eine Nachfrage von Landrat Werner hin, werden keine Änderungswünsche zu der Niederschrift geäußert.

#### II. Beschluss

Der Kreistag des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 13. Sitzung vom 16.11.2016 sowie der 14. Sitzung vom 15.12.2016 des Kreistages.

### **Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Einwohnerfragestunde**

#### I. Sachverhalt:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

**Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Westpfalzkl. GmbH – insbesondere Standorte Kirchheimbolanden und Rockenhausen; Situationsbericht des Geschäftsführers Peter Förster**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner begrüßt die Herren Peter Förster und Manuel Matzath und bittet um einen Situationsbericht.

Peter Förster ist zunächst erfreut über die Einladung und die Möglichkeit im Kreistag berichten zu können. Er verweist auf allen Mitgliedern vorliegende Zahlen und erläutert diese. Zur finanziellen Gesamtsituation führt er aus, dass das Jahr 2016 wohl mit etwa 160.000 € positivem Bilanzergebnis beendet werden kann. Für einen Wirtschaftsbetrieb mit einem Gesamtumsatz von 260 Mio. € sei dies natürlich nur ein sehr geringer Betrag, aber für ein Krankenhaus, das in der Form geführt wird, stellt ein ausgeglichenes Betriebsergebnis das Ziel dar.

Die Patientenfälle sind über alle Standorte hinweg um 930 gestiegen. In Kirchheimbolanden gab es in diesem Bereich eine Steigerung um 215 Fälle zu verzeichnen, in Rockenhausen waren es hingegen 23 Fälle weniger. Im Endeffekt stellen die Zahlen allerdings keine große Abweichung zu den geplanten Zahlen dar.

Erfreulich zeigt er sich über die Zahl der Geburten in Kirchheimbolanden. Es war ihm schon bewusst, dass durch die Umstellungen im Jahr 2015 die geplante Zahl von 400 Geburten nicht erreicht werden kann. Umso erfreulicher sei es, dass die Zahl im Jahr 2016 wieder erreicht werden konnte. Er hofft auch für das Jahr 2017 auf eine weiterhin positive Entwicklung in diesem Bereich.

Mit den Auslastungszahlen zeigt sich Peter Förster absolut zufrieden, denn im Endeffekt geht es nicht um belegte Betten, sondern um das, was in diesen Betten behandelt wird. Deshalb wurde auch in den letzten Jahren immer versucht neben der normalen Grund- und Regelversorgung kleine „Leuchttürme“ zu etablieren, um in den Kliniken auch mehr Akzeptanz zu fördern bzw. mehr Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Bislang sei dies ganz gut gelungen.

Hier spricht er die Adipositas-Chirurgie an und informiert, dass im Jahr 2017 voraussichtlich die notwendige Zahl von 50 Patienten erreicht werden kann. Somit könne sich das Westpfalzkl. 2017/2018 zur Zertifizierung anmelden und wäre die einzige Klinik in Rheinland-Pfalz mit einem Adipositas-Zentrum.

Die Zentren an sich haben sich in den zurückliegenden Jahren enorm entwickelt. Es wird unwahrscheinlich viel zertifiziert und sehr viel in solchen Zentren zusammengeführt. Diese

Form stellt zwar eine Qualitätsverbesserung dar, führt allerdings zu einem massiven Aufwand. Die Mitarbeiter müssen Unmengen an Papier bewältigen. Mittlerweile stellt dies ein großes Problem im Krankenhausbereich dar, sodass die Mitarbeiter fast schon mehr schreiben als behandeln. Hier die Mitarbeiter immer wieder zu motivieren, sei kein leichtes Unterfangen, so Peter Förster.

Die Geriatrie in Rockenhausen ist gut angelaufen und wird dieses Jahr um weitere 5 Betten erweitert. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sei es durchaus zu erwarten, dass eine Geriatrie einfach gut laufen muss, wenn man das entsprechende Personal vorweisen kann. Vor ein paar Jahren war es sehr schwer, Geriater überhaupt zu finden. Mittlerweile sei man allerdings in der glücklichen Lage, die Geriater selbst ausbilden zu können.

Zum Schluss merkt Peter Förster an, das Westpfalzkrankenhaus sei im Endeffekt auf einem guten Weg. Allerdings werden für alle Kliniken an sich die finanziellen Rahmenbedingungen von Jahr zu Jahr wesentlich schwieriger. Das führt dazu, dass die Mitarbeiter immer mehr gefordert werden, damit die Klinik zu einem ausgeglichenen Betriebsergebnis kommen kann. Solange das System so ist, werden wahrscheinlich noch einige Häuser vom Markt verschwinden, bevor hoffentlich ein Umdenken stattfindet.

Simone Huth-Haage (CDU) spricht großen Dank für die geleistete Arbeit aus und bittet diesen auch an die Mitarbeiter weiter zu geben.

Sorgen macht sie sich um die Geburtshilfe in Kirchheimbolanden, denn es wird immer schwieriger, die Geburtsstationen aufrecht zu erhalten. Lt. dem Sozialministerium wurden in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz 12 Geburtsstationen geschlossen. Ihrer Meinung nach sei dies noch nicht das Ende des Weges und die Gründe hierfür seien allen bekannt – nämlich die viel zu geringen Fallpauschalen für natürliche Geburten.

Das Westpfalzkrankenhaus bietet schon sehr viel an Service für junge Eltern und versucht diese auch rechtzeitig zu binden, was sehr vorbildlich sei. Auch die genannten Zahlen seien erfreulich. Dennoch ist immer wieder die Rede davon, dass sich eine Geburtsstation erst ab 500 Geburten rechnet. Deshalb besteht auch die Sorge, dass irgendwann ebenso die Station in Kirchheimbolanden auf den Prüfstand kommt. Hier bittet Sie Peter Förster um eine Einschätzung und evtl. um eine Handlungsempfehlung, was die Verantwortlichen vor Ort tun können, um die Geburtshilfe in Kirchheimbolanden auch über das Jahr 2017 und 2020 halten zu können.

Peter Förster entgegnet, sicherlich braucht man für jede einzelne Abteilung gewisse Anzahl von Fällen, um diese auch notwendigerweise auskömmlich zu finanzieren. Deshalb war damals

die Entscheidung, 4 Krankenhäuser in ein großes Krankenhaus einzubinden, sinnvoll, um damit auch gewisse Ausgleiche schaffen zu können. Die Pädiatrie in Kaiserslautern wird beispielsweise immer defizitär bleiben, solange die Rahmenbedingungen noch so sind. Abteilungen, die Überschüsse erzielen, werden immer bestimmte Bereiche mitspensern müssen und dazu gehört auch die Geburtshilfe. Er weist darauf hin, dass die Geburtshilfe nicht die alleinige Abteilung in Kirchheimbolanden sei. Die Gynäkologie, sowie die Abteilungen Unfall- und Viszeralchirurgie sind ebenfalls mit dabei, sodass es innerhalb eines Standortes schon gelingen sollte ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Zum anderen muss auch die Tatsache berücksichtigt werden, dass dadurch möglicherweise auch Wege geebnet werden, die letztendlich in Kaiserslautern landen. Dies kann natürlich nicht monetär berechnet werden, sollte jedoch zumindest mit in Betracht gezogen werden. Peter Förster versichert, dass der Bestand der Geburtshilfe in Kirchheimbolanden momentan überhaupt nicht infrage steht und solange die Geburtenzahl immer knapp über 400 liegt, kommt eine solche Frage mit Sicherheit auch in keiner Diskussion auf.

Landrat Werner fügt an, es sei wichtig, dass die Eltern und Frauen, die hier ihre Kinder zur Welt bringen, zufrieden sind. Denn sie sind Multiplikatoren und werden die Geburtsstation in Kirchheimbolanden weiterempfehlen, wenn sie sich gut aufgehoben gefühlt haben.

Michael Cullmann (SPD) stellt fest, die beiden Standorte im Donnersbergkreis seien gut aufgestellt. Es bestehen Zukunftschancen und es wird gute Arbeit geleistet. Die Geschäftsführung hat für beide Standorte die Weiterentwicklung der stationären Versorgung mit hoher Qualität als primäres Ziel, worüber auch öfters im Aufsichtsrat diskutiert wird. Die hohe Anzahl an zertifizierten Zentren als Aushängeschild und Qualitätsmerkmal wie z. B. das Endoprothetikzentrum für künstliche Gelenke und das Darmkrebszentrum, gefällt ihm sehr gut. Weitere Zertifizierungen sollen wohl im Adipositasbereich folgen. Diese Entwicklung findet Michael Cullmann gut, denn seiner Meinung nach suchen sich die Patienten heutzutage nicht das nächst gelegene Krankenhaus aus, sondern gehen dorthin, wo sie sich die beste Behandlung versprechen.

Als sehr positiv sieht er die Vernetzung und Kooperation mit dem niedergelassenen Bereich. Gutes Beispiel sei hierfür die Verbindung zum MVZ Donnersberg. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung gilt es, diesen Weg weiter zu gehen.

In Rockenhausen läuft zurzeit das Projekt Gesundheitszentrum des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz. Dort wird geprüft, wo Synergien entstehen können, damit eine qualitativ hochwertige Versorgung der Patienten in der ländlichen Region gesichert werden kann. Schwerpunktmäßig wird eine übergreifende Kooperation zwischen dem

Pfalzlinikum und dem Westpfalzlinikum geprüft; vielleicht auch mit dem Ziel, wieder chirurgische Strukturen in Rockenhausen anzusiedeln. Hierzu fanden bereits Workshops statt, die gut angenommen wurden und es folgten ebenso Gespräche mit den niedergelassenen Ärzten. Der Schlussbericht wird in Kürze erwartet.

Abschließend dankt er für den Bericht und die geleistete Arbeit.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) spricht ebenfalls Dank aus und thematisiert die Bereitschaftsdienstzentralen in Kirchheimbolanden und Rockenhausen. Durch die drastische Reduzierung der Öffnungszeiten sind wohl die Notaufnahmen in den Krankenhäusern noch mehr in Bedrängnis gekommen. So suchen Menschen, ohne tatsächlich lebensnotwendige Hilfe zu benötigen, verstärkt die Notaufnahmen auf. Er fragt nach den zusätzlichen Kosten für das Westpfalzlinikum, die durch diesen vermehrten Gebrauch von Notaufnahmen als Bereitschaftsdienstzentrale entstehen und ob es eine finanzielle Leistung für diesen ärztlichen Bereitschaftsdienst für das Westpfalzlinikum gibt.

Peter Förster entgegnet die Angelegenheit mit den Bereitschaftsdienstzentralen sei keines vom Westpfalzlinikum, sondern stellt ein bundesweites Problem dar. Er erläutert, die Krankenhäuser seien nur für die stationäre Versorgung der Patienten zuständig und die niedergelassenen Ärzte, für die ambulante, und zwar auch zu Unzeiten, wie es im SGB V heißt. Unzeiten sind die Zeiten, die außerhalb der Praxiszeiten liegen. In diesen Zeiten ist dann eine Bereitschaftsdienstzentrale aufzusuchen. In Deutschland hat es sich allerdings so eingebürgert, dass ein Großteil der Menschen dann einfach in den Krankenhäusern die Notaufnahmen aufsuchen.

Es gibt Berechnungen, wonach ein Krankenhaus 30 € für einen solchen Patienten bekommt. Die Aufwendungen für diese Patienten belaufen sich hingegen auf 120 €. Es gibt immer wieder Auseinandersetzungen mit der Abrechnungsstelle, die der Meinung sei, dass solche Patienten in den Krankenhäusern überhaupt nicht zu behandeln sind. Peter Förster betont allerdings, dass er keine Patienten wegschicken wird, die in die Notaufnahme des Westpfalzlinikums kommen.

Letztendlich muss dieses Problem an anderer Stelle geklärt werden. Es kann allerdings nicht sein, dass die Krankenhäuser diese Aufgabe letztendlich zu übernehmen haben.

Manfred Schäfer (CDU) führt zu den Notfallzentralen aus, dass viele Menschen wahrscheinlich auch aus Angst diese aufsuchen, weil sie sich dort besser aufgehoben fühlen, als in einer Bereitschaftsdienstzentrale. Diese Vorgehensweise sei durchaus nachvollziehbar. Nichtsdestotrotz sind die Wege weiter geworden. Konnte man früher von Alsenz aus in Rockenhausen die Bereitschaftsdienstzentrale aufsuchen, so muss man heute nach

Meisenheim fahren. Viele haben versucht die Reduzierung der Öffnungszeiten zu verhindern, was allerdings leider vergeblich war.

Zum Westpfalzkrinikum allgemein führt Manfred Schäfer aus, dass die Grundentscheidung damals, die Häuser zusammen zu führen, zwar sehr kontrovers diskutiert wurde, letztendlich jedoch richtig war. Auch die Angst von damals, dass die Standorte im Donnersbergkreis lediglich als ein „Anhängsel“ gesehen werden, war unbegründet. Die Wünsche und Sorgen aus dem Kreis werden schon gehört und auch anerkannt, was sehr positiv ist.

Die Einrichtung eines Gesundheitszentrums in Rockenhausen begrüßt er sehr. Bei einer immer mehr älter werdenden Gesellschaft ist eine solche Kooperation sinnvoll und könnte sogar eine Kostenersparnis mit sich bringen. Er wünscht sich eine stärkere Forcierung dieser Thematik und eine baldige Umsetzung.

Die Geschäftsführung legt Wert auf Qualität, was sehr gut sei. Trotzdem sei es sehr wichtig, Werbung zu machen. Denn die Standorte im Kreis verfügen über sehr gute Spezialisten, die auch über Kreisgrenzen hinweg anerkannt und geschätzt werden. Dies gilt es positiv zu vermarkten, um noch mehr Patienten zu bekommen. Ansonsten sieht er das Westpfalzkrinikum in seiner Gesamtheit als gut aufgestellt und hofft, dass dies künftig auch so bleibt.

Helmut Schmidt (Linke) bedankt sich zunächst für den Bericht und bittet um Erläuterung der Hebammensituation in Bezug auf den Anstieg der Versicherungsbeiträge. Des Weiteren merkt er an, dass das Westpfalzkrinikum u. a. auch ein großer Wirtschaftsbetrieb sei mit rd. 3000 Mitarbeitern. Er interessiert sich für die Gehaltsstrukturen und fragt an wie hoch die Differenzen zwischen den Gehältern sind.

Peter Förster informiert, die Prämien der Betriebshaftpflichtversicherungen seien bei den freien Hebammen in den letzten Jahren ins Unermessliche gestiegen. Dies war auch mit ein Grund, warum man sich dazu entschieden hat, die Hebammen anzustellen. Dem Krinikum bringt es im Endeffekt keine zusätzlichen Kosten, sodass diese Entscheidung für beide Seiten richtig und sinnvoll war.

Zu den Gehaltsstrukturen führt Peter Förster aus, das Westpfalzkrinikum sei ein kommunales Haus, das seine Mitarbeiter nach TVÖD bzw. TV-Ärzte bezahlt. Die Gehaltsstrukturen sind somit ganz klar definiert. Zusätzlich haben die Chefärzte die Möglichkeit des Liquidationsrechtes, was allerdings in jedem Krankenhaus gegeben ist.

Nach Ausklang der Konversation bedankt sich Landrat Werner bei Peter Förster und Manuel Matzath nicht nur für den Bericht, sondern auch für die geleistete Arbeit.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht der Integrationsbeauftragten**

#### I. Sachverhalt:

Landrat Werner bittet Jaqueline Rauschkolb ihren Bericht vorzustellen.

Jaqueline Rauschkolb verweist auf den schriftlichen Bericht und gibt noch einige Erläuterungen. Sie hebt hervor, dass die zahlreichen Aktivitäten immer nur mit Unterstützung möglich waren und sie nie alleine agiert habe. Unter anderem konnte sie an viele Dinge, die bereits seit Jahrzehnten im Donnersbergkreis gut funktionieren, nahtlos anknüpfen.

Jaqueline Rauschkolb ist es wichtig, sich nicht nur um Menschen zu kümmern, die neu in die Region kommen, sondern auch um die, die schon eine längere Zeit hier leben.

Natürlich lag der Schwerpunkt der letzten Monate darin, sich um die geflüchteten Menschen zu kümmern. Hier in der Region kann jedoch die alltägliche Hilfe dank zahlreicher ehrenamtlicher Unterstützer sehr unkompliziert und schnell organisiert werden.

Als eine wichtige Aufgabe ihrer Arbeit nennt sie die Funktion als Wegweiser. Denn viele zugezogene Menschen haben oft gerade gegenüber Behörden Hemmungen gewisse Sachen nachzufragen. Natürlich kann auch sie nicht jede Frage beantworten, jedoch vieles dahin delegieren, wo es hingehört. An der Anzahl der Menschen, die sie um Hilfe bitten, merkt man wie wichtig eine solche Institution sei. Jaqueline Rauschkolb besucht auch Sprachkurse, um das Beratungsangebot bei den Menschen bekannter zu machen und legt großen Wert auf Meinungsaustausch mit FID, CJD und Jobcenter.

Als ein weiteres wichtiges Themenfeld ihrer Arbeit nennt sie die Mitarbeit im Migrationsbeirat. Im Migrationsbeirat Eisenberg ist sie bei den Sitzungen dabei und berät auch. Im Zuge dessen

konnten bereits einige Veranstaltungen entstehen, wie z. B. das deutsch-türkische Kochen oder eine Henna-Nacht. Denn nur wenn man Einblicke in die Kultur bekommt, kann man diese besser nachvollziehen und Vorurteile abbauen.

In den letzten Jahren kamen immer mehr Menschen nach Deutschland und auch in den Kreis, weil es eben viel mehr Krisenherde auf der Erde gibt. Anfang 2015 wurden die Menschen im Donnersbergkreis aufgerufen sich in der Kreisverwaltung zu treffen, die Interesse haben Flüchtlingen zu helfen. Über 100 Personen waren anwesend. Hieraus entwickelten sich auch die Helferkreise, die sich zum Glück passenderweise in den Verbandsgemeinden angesiedelt haben. Mittlerweile stehen über 200 Helfer auf der Liste. Die Koordination übernimmt hier die Kreisverwaltung, was sie sehr begrüßt. Hier dankt Jaqueline Rauschkolb den vielen Helfern, die sich in ihrer Freizeit für geflüchtete Menschen engagieren und sich mit ihnen beschäftigen. Das zeigt, dass der Donnersbergkreis weltoffen sei.

Eine wichtige Institution stellen auch die interkulturellen Wochen dar. Die Programme der letzten drei Jahre sind dem schriftlichen Bericht beigefügt. Daran sei zu erkennen, welche Fülle an Akteuren immer mit dabei sei. Jaqueline Rauschkolb würde sich allerdings freuen, wenn manche Veranstaltungen noch mehr Anklang finden würden. Sie würde sich eine aktivere Beteiligung oder Teilnahme gerade seitens der Kreistagsmitglieder wünschen. Denn gerade in dieser Funktion sei man auch Vorbild für andere.

Dieses Jahr hat sie sich vorgenommen, eine Art Wegweiser zu entwickeln. In vielen anderen Landkreisen gibt es bereits ähnliche Hilfestellungen für Menschen, die neu hierherkommen. Dieser Wegweiser soll in einfacher Sprache, vielleicht auch mehrsprachig und / oder mit Piktogrammen entwickelt werden. Themen sollen sein: Erledigung alltäglicher Dinge wie z. B. Beschäftigung, Arztbesuche, Behördengänge usw.

Des Weiteren möchte sie eine Fotoausstellung organisieren. Der Aufruf zum Einreichen der Bilder wird in den nächsten Tagen rausgehen. Hierbei sollen Menschen mit Migrationshintergrund in Bildern zeigen, wie gern sie hier leben oder wo sie arbeiten, um einfach zu zeigen wie vielfältig und weltoffen der Donnersbergkreis ist.

Abschließend dankt sie für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Claudia Manz-Knoll (SPD) bedankt sich für den ausführlichen Bericht und für den Einsatz. Im Namen der SPD-Fraktion dankt sie auch allen in der Integration tätigen Menschen in der Kreisverwaltung, in den Verbandsgemeinden, in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Jobcenter,

Schulen, Kitas und den vielen Helferkreisen. Den Ausführungen war zu entnehmen, dass nur das Gemeinsame im Grunde genommen die Stärke der Integration bedeutet. Die vielfältigen Angebote und Integrationshilfen im ländlichen Raum, wie hier im Donnersbergkreis sind beispielhaft und Großstädte, die oft in großen provisorisch eingerichteten Aufnahmequartieren in Stadtrandlage Integrationsarbeit in der Anonymität leisten müssen, sehen eher neidvoll auf solche Erfolgskonzepte. Ob aufmerksame Dorfbewohner, Nachbarschaftshilfen oder die aufopferungsvolle Unterstützung in den Helferkreisen - dies alles sind unbezahlte und unbezahlbare Sozialleistungen, die im besonderen Erfolg solcher Integrationsmaßnahmen stehen. Dieser Bericht kann nur als Zwischenbericht angesehen werden. Es gilt nun, weitere Begegnungen und Aktivitäten anzustreben und allmählich entstehende Synergieeffekte aus fortgeschrittenen Integrationsmaßnahmen zu nutzen. Dies kann beispielsweise im Bereich neuer Aufgabenfelder wie Beschäftigungssuche, den Umgang mit Behörden, die Sprachkurse usw. stattfinden. Sie wünscht allen, im Themenfeld Integration, tätigen Personen weiterhin viele gemeinsame Projekte, viel Energie, Kreativität und Optimismus. Denn das sei das beste Rezept gegen Gewalt und Intoleranz.

Helmut Schmidt (Linke) versteht das Motto des Berichtes so, dass im Donnersbergkreis alles gut und in Ordnung sei. Die Menschen helfen und machen mit, auch wenn seiner Meinung nach dies eine schlechte oder als Humanität getarnte Politik sei, die zu solch einer Situation erst geführt hat. Er stellt folgende Fragen:

1. Geht es hier um Asylbewerber, um Flüchtlinge, um Kriegsflüchtlinge, um Zuwanderer, um Armutszuwanderer oder um die Neuen Deutschen, wie der Titel des in Rockenhausen gezeigten Films lautet?
2. Wie viele sind von den besagten Menschen im Kreis und wer ist aus welchen Gründen gekommen?
3. Wie sieht es aus mit der Rückwanderung/Remigration in befriedete Regionen, z. B. Westbalkan, Nordafrika, Syrien, Afghanistan?
4. Mit wie vielen Millionen Zu-uns-Kommenden rechnet man, wenn im Herbst nach der Bundestagswahl der Familiennachzug ins Rollen kommt?
5. Was hält der Kreis vom Impulspapier der Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), die darin fordert, das Grundgesetz zu erweitern bzw. zu ändern, in dem ein Art. 20b geschaffen wird, in dem es sinngemäß heißt: „Deutschland ist ein Einwanderungsland und alle staatlichen Ebenen sind zur Umsetzung dieses Staatsziels verpflichtet“. Es geht ihr anscheinend um die Verstetigung des Zustroms von Menschen nach Deutschland und dass dieser schon bald die ethnische Zusammensetzung des

deutschen Volkes spürbar ändert.

Helmut Schmidt ist der Meinung, dass die ab September 2015 stattfindende unkontrollierte Zuwanderung keine humanitäre Maßnahme war und auch kein Reagieren auf eine plötzlich hereingebrochene Katastrophe, sondern viel mehr war es ein, durch schlechte Außenpolitik, herbei geführtes Ergebnis.

Landrat Werner stellt klar, dass nur Fragen beantwortet werden, die sich auf den Donnersbergkreis beziehen.

Jaqueline Rauschkolb geht auf die Aussage mit den „Neuen Deutschen“ ein und erklärt, sie habe dies als Deckblatt für ihren Bericht gewählt, weil sie den Film sehr gut fand. Dies soll allerdings kein Motto des Berichtes darstellen. Der Film war ein Abschlussprojekt einer jungen Studentin, der auch anregen soll, sich Gedanken darüber zu machen, wann man eigentlich Deutsch ist und wie man damit umgeht. Sie unterstreicht erneut, dass dies nicht das Motto ihres Berichtes sei, sondern lediglich ein Deckblatt.

Dezernent Fabian Kirsch geht auf die gestellten Fragen ein und versucht zunächst die Begriffsverwirrung aufzuklären. Flüchtlinge, Asylbewerber, Arbeitsmigranten, Armutsmigranten – das sind im Grunde genommen Begriffe, die mehr oder minder frei gewählt sind und jeder versteht etwas Anderes darunter. Deswegen wird auch nicht nach diesen Begriffen unterschieden, weil es mehr soziologische Begriffe seien und es gibt auch keine Zahlenerhebungen darüber. Denn im ersten Anlauf sind alle Menschen, die hierherkommen, Asylbewerber. Einige bekommen das Asylrecht zuerkannt und anderen wird im Rahmen des Asylverfahrens die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt.

Im Januar 2017 waren 1202 Asylbewerber im Donnersbergkreis gemeldet. Diese Zahl ist mit leichten Schwankungen seit Frühjahr 2016 relativ stabil. Zu den Aufenthaltsbeendigungen führt er aus, dass im Jahr 2016 103 Personen freiwillig den Donnersbergkreis verlassen haben und es gab 3 Abschiebungen. Die Frage nach dem Familiennachzug kann niemand beantworten, weil dieser nur möglich ist, wenn der Status als anerkannter Asylbewerber bzw. die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde.

Dr. Ernst Groskurt (B90/Grüne) spricht ebenfalls Dank aus. Die Vorgängerin dieses Amtes habe große Fußspuren hinterlassen. Diese auszufüllen sei keine leichte Aufgabe, besonders wenn man relativ neu in diesem Amt ist. Allerdings hat Luise Busch eine funktionierende Infrastruktur und gute Netzwerke hinterlassen, die Jaqueline Rauschkolb sehr gut genutzt und auch erweitert hat. Wenn die Arbeit in der gleichen Weise weiter geführt wird wie bisher, ist er

sich sicher, dass auch Jaqueline Rauschkolb große Fußstapfen hinterlassen wird.

Christian Ritzmann (FDP) interessieren die tatsächlichen Zahlen, wie viele von den Asylbewerbern im Kreis ein erfolgreiches Asylverfahren durchlaufen haben und wie viele noch in Bearbeitung seien.

Grundsätzlich sei es erfreulich, dass im Donnersbergkreis die Integrationsaufgabe gerade durch das große ehrenamtliche Engagement so gut gelöst werden kann. Allerdings vermisst er im Bericht die Themenbereiche, die vielleicht nicht so ideal laufen. Es sei jedem bekannt, dass der Salafismus eine der attraktivsten Jugendkulturen sei, die es in Deutschland derzeit gibt. Auch die unerfreulichen politischen Entwicklungen in der Türkei werden in die Gesellschaft zurück gespiegelt. Er möchte wissen, welche Lösungsansätze die Integrationsbeauftragte im Hinblick auf eine Integration in das demokratische Gemeinwesen entwickeln möchte und wie können die Kommunalpolitiker dazu beitragen.

Dezernent Fabian Kirsch führt aus, es befinden sich noch 843 Personen im laufenden Verfahren. 231 Personen bekamen die Anerkennung als Flüchtlinge, 5 Personen wurden als Asylberechtigte anerkannt.

Jaqueline Rauschkolb verweist im Bereich der Extremismusprävention auf den Arbeitskreis „Aktiv gegen Rechts“, der sich vorrangig mit solchen Themen beschäftigt. Denn in der Tat beschäftigen sich viele derzeit mit der Frage, wie die Jugendlichen zum Salafismus kommen und ob da möglicherweise die Integration falsch gelaufen sei. Als Lösungsansätze nennt sie beispielsweise die Demokratiebildung, was allerdings im Kreis teilweise schon umgesetzt wird. So gibt es in Rockenhausen eine Antirassismus-AG, in der sich Jugendliche mit diesem Thema auseinandersetzen oder in Alsenz-Obermoschel das demokratische Wohnzimmer. Denn es sei wichtig, sich mit der Demokratie zu beschäftigen und begreiflich zu machen, wie es um diese steht. Es sei weiterhin wichtig, die Schulsozialarbeiter dahingehend fortzubilden, dass sie evtl. früher erkennen, wenn Jugendliche in die rechtsextreme Szene abrutschen, um so in ein oder anderen Fall möglicherweise helfen zu können oder entsprechende Hilfe in die Wege zu leiten. Insgesamt sei dies ein sehr schwieriges Thema, allerdings sind viele Dinge in diesem Bereich in Arbeit. So gibt es mittlerweile eine Beratungsstelle vom Land, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Für die Zukunft gilt es, immer wieder in Gespräche mit Jugendlichen zu kommen, um dieses Thema aufzugreifen und versuchen aufzuklären.

Simone Huth-Haage (CDU) spricht die 3 Abschiebungen an, die im Jahr 2016 vollzogen wurden. Sie fragt nach den Abschiebungsländern und zum anderen liegt ihr eine Aufstellung

der Abschiebekosten der Landkreise vor, wonach für den Donnersbergkreis im Jahr 2016 lediglich 150 € vermerkt sind. Hier bittet sie um Aufklärung.

Dezernent Fabian Kirsch informiert, dass in ein Westbalkanland abgeschoben wurde. Die Kosten für die Abschiebung waren sicherlich höher als 150 €. Die genauen Zahlen liegen ihm allerdings nicht vor.

Landrat Werner weist darauf hin, man setzt verstärkt auf die freiwillige Ausreise, was auch die Zahlen belegen. Die genannten Kosten i.H.v. 150 € sollen geklärt und evtl. nachgereicht werden.

Lisett Stuppy (B90/Grüne) dankt für die Arbeit und den Bericht und merkt an, das helfende Ehrenamt im Donnersbergkreis sei vorbildlich und die Integration kann, gerade auf dem Land in kleinen Orten, sehr gut gelingen. Dafür ein Dankeschön an alle Helfer, die diese Arbeit freiwillig leisten.

Sie spricht das Problem des Wegzugs von Flüchtlingen aus kleineren Orten an. Sie möchte wissen, ob diese Entwicklung beobachtet wird und ob dagegen etwas getan werden soll.

Zum anderen ergibt sich aus einer aktuellen Studie, dass viele Kinder mit Migrationshintergrund ohne Abschluss oder ohne Ausbildung dastehen. Sie stellt die Frage, wie der Kreis in solchen Situationen helfen kann.

Die Erstellung eines Wegweisers findet sie sehr gut und bietet hierzu ihre Hilfe an.

Jaqueline Rauschkolb informiert zum Thema Abwanderung: wenn die Asylbewerber ihre Anerkennung bekommen, wechselt auch die Zuständigkeit vom Sozialamt zum Jobcenter. Es ist durchaus nachvollziehbar, wenn die Menschen, die nicht genug Geld haben, um sich einen Führerschein und Auto leisten zu können, gerade dann in größere Städte ziehen, wo einfach mehr vorhanden ist. Eine große Rolle spielt auch die Tatsache, wo die Menschen einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz finden. In den kleineren Ortschaften ist diese Möglichkeit eher gering. Deshalb sollte es versucht werden, die Menschen hier vor Ort von Anfang an mit einzubinden, auch in Vereine zu integrieren, damit sie sich hier wohlfühlen und nicht wegziehen.

Zum Thema Schulabschlüsse merkt Jaqueline Rauschkolb an, dass allgemein die Zahl der Jugendlichen, auch ohne Migrationshintergrund, die ohne Abschluss und/oder Ausbildung sind, sehr hoch ist. Die Ganztagschulen stellen schon mal eine sehr gute Möglichkeit dar, um die Kinder von Anfang an zu fördern. Eine Patentlösung hat sie allerdings auch nicht. Hier sind die Eltern, die Politik und die Unternehmen gleichermaßen gefordert, sich der Sache anzunehmen.

Eva Brand (FDP) hat oft den Eindruck, dass die Asylverfahren sehr lange dauern und die Asylbewerber damit sehr unzufrieden sind. Sie fragt nach der durchschnittlichen Dauer eines Asylverfahrens.

Fabian Kirsch bestätigt, dass die Asylverfahren durchaus eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Es gab zeitweise einen Stapel beim BAMF mit über 600.000 unbearbeiteten Asylverfahren. Eine Zeit lang gab es auch viele Menschen, die zwar registriert wurden, allerdings keine Möglichkeit hatten überhaupt einen Antrag zu stellen. Im November letzten Jahres wurden im Donnersbergkreis diese Menschen alle mit dem Bus zum Bundesamt gebracht, sodass es im Kreis niemanden mehr gibt, der keinen Asylantrag gestellt hat.

Wie lange generell die Asylverfahren dauern, kann pauschal nicht gesagt werden. Es gibt durchaus Menschen im Donnersbergkreis, die 1-1,5 Jahre auf eine Entscheidung warten. Es gibt aber auch Menschen, die sich bereits seit 8 Jahren im Asylverfahren befinden, weil einfach die Identität nicht geklärt werden kann. Während eines Asylverfahrens haben die Menschen tatsächlich große Einschränkungen; sie können nicht arbeiten, haben Residenzpflicht und sind auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen.

Michael Cullmann (SPD) geht auf die Frage von Lisett Stuppy bezüglich Wegzug von Flüchtlingen ein und informiert, dass in Rockenhausen zu dieser Thematik ein Projekt stattfinden wird. Hierbei geht es insbesondere um die Integration von Flüchtlingen in Regionen mit besonders demografischen Druck. Es sollen Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden unter Berücksichtigung von Haltefaktoren oder Zusammenarbeit mit Kommunen, die einen evtl. Druck von Flüchtlingen haben. Es gilt zu prüfen ob Anreize geschaffen werden können, wie z. B. in digitalen und/oder wirtschaftlichen Bereichen, um diese Menschen in den Regionen zu halten. Das Projekt ist angestoßen und eine Förderzusage wird in den nächsten Tagen erwartet. Er hofft, dass dieses Projekt auch in weiteren Gemeinden einen Ansatz finden kann.

Ulrich Kolb (FWG) findet die Diskussionen über Bundes- und Landespolitik unangebracht. Hier geht es um die Arbeit der Integrationsbeauftragten des Donnersbergkreises, die mit vielen ehrenamtlich engagierten Helfern eine gute Arbeit in Form von humanitärer Hilfe für Menschen in Not leisten. Dies sei der beste Dienst für die Demokratie, den man überhaupt leisten kann. Er dankt ausdrücklich Jaqueline Rauschkolb und den vielen ehrenamtlichen Helfern für die sehr gute geleistete Arbeit.

Nachdem Wortmeldungen von Helmut Schmidt und Christian Ritzmann zum Redebeitrag von Ulrich Kolb ausgesprochen werden, stellt Rudolf Jacob (CDU) einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung. Seiner Meinung nach habe die jetzige Debatte

nichts mehr mit dem Tagesordnungspunkt zu tun und bringt den Kreistag nicht weiter.

Landrat Werner stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Beratung zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig (mit 1 Enthaltung)

**Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK) zum Verladen, Transportieren und Verwerten/Entsorgen des im Donnersbergkreis erfassten Grünschnitt-Feinanteils**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Bereits seit dem 17.03.2011 bestand eine Zweckvereinbarung zur energetischen Verwertung des im Donnersbergkreis erfassten Grünschnittes mit der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn, die zum 01.04.2014 entsprechend der Novellierung der Bioabfallverordnung geändert wurde.

Diese Vereinbarung beinhaltete die energetische Verwertung des holzartigen Anteils im Biomasseheizkraftwerk der Gemeindewerke Enkenbach-Alsenborn sowie die Verwertung des Feinanteils, soweit diese nicht zur Biogaserzeugung eingesetzt werden kann. Nachdem die Verwertung des Feinanteils zur Biogaserzeugung nicht zum Tragen kam, wurde der Feinanteil im Auftrag der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn zur weiteren Verwertung in die ZAK nach Kaiserslautern verbracht. Die Gemeinde Enkenbach-Alsenborn hat diese Zweckvereinbarung fristgerecht zum 31.12.2016 aufgekündigt.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 05.10.2016 dem Abschluss einer neuen Zweckvereinbarung mit der Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn zugestimmt. Diese sieht vor, dass die Gemeinde Enkenbach-Alsenborn die gesamte auf den fünf Grüngutsammelplätzen im Kreis anfallenden Grünschnittmengen aufarbeitet und den holzartigen Anteil (ca. 40 %) zu einem Preis von 15,50 € netto/Tonne in ihrem Biomasseheizkraftwerk als Brennstoff verwertet.

Die Verladung, der Transport und die Verwertung/Entsorgung des verbleibenden Feinanteils (rd. 60 %) sollte im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens vergeben werden. Es lagen zwei Angebote vor, von denen eines von dem Bieter zurückgezogen wurde. Das zweite Angebot (29,55 € netto/Tonne) lag im Preisniveau deutlich über der kalkulierten Summe (18,90 €

netto/Tonne) und war daher aus Gründen der Unwirtschaftlichkeit aufzuheben.

Die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), Anstalt des öffentlichen Rechts, hat nun die Verladung vor Ort, den Transport und die Verwertung/Entsorgung des Feianteils im Rahmen einer Zweckvereinbarung für einen Gesamtpreis von 21,30 € netto/Tonne (11,70 € netto/Tonne für Verladen und Transport und 9,60 € netto/Tonne für die Verwertung/Entsorgung) angeboten. Diese Zweckvereinbarung soll unbefristet gelten und könnte frühestens nach Ablauf von fünf Jahren aufgekündigt werden.

Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde.

Die Verwaltung schlägt vor, einer Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern zu den genannten Konditionen zuzustimmen und die entsprechende kommunalaufsichtliche Genehmigung einzuholen.“

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises stimmt dem Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Zentralen Abfallwirtschaft Kaiserslautern (ZAK), Anstalt des öffentlichen Rechts, zu den genannten Konditionen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (mit 1 Enthaltung)

Michael Cullmann (SPD) verlässt um 16.40 Uhr die Sitzung.

**Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Nachwahl von Ersatzpersonen**  
**a) in den Schulträgerausschuss**  
**b) in den Jugendhilfeausschuss**

## I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Der Kreistag des Donnersbergkreises hat zu Beginn der Legislaturperiode Frau Sophie Schäfer aus Schweisweiler als stellvertretendes Mitglied sowohl in den Schulträger- als auch in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Da Frau Schäfer bereits letztes Jahr außerhalb des Donnersbergkreises verzogen ist, endet

ihre Mitgliedschaft automatisch in den beiden genannten Ausschüssen.

a) Somit ist für den Schulträgerausschuss ein/e neue/r Stellvertreter/in zu benennen. Vorschlagsberechtigt ist die CDU-Fraktion.

b) Ebenso ist für den Jugendhilfeausschuss die Funktion des/der Stellvertreters/in neu zu besetzen. Vorschlagsberechtigt ist ebenfalls die CDU-Fraktion.“

Die CDU-Fraktion schlägt für die Funktion des Stellvertreters sowohl im Schulträger- als auch im Jugendhilfeausschuss Herrn Tristan Kappel aus Winnweiler vor.

„Darüber hinaus gehören dem Jugendhilfeausschuss gem. § 5 Abs. 5 der Satzung des Kreisjugendamtes beratende Mitglieder an; darunter eine Fachkraft des Gesundheits- und Jugendamtes an. Nach Ausscheiden aus dem Dienst (Frau Hofmeister) bzw. Übernahme anderweitiger Aufgaben (Frau Korfmann) sind diese Funktionen im JHA neu zu besetzen.

Die Verwaltung schlägt vor als Fachkraft des Gesundheitsamtes Herrn Manfred Reinecke und Herrn Stefan Balzer als Fachkraft des Jugendamtes in den Jugendhilfeausschuss als beratende Mitglieder zu entsenden. „

Der Kreistag des Donnersbergkreises beschließt einstimmig eine offene Abstimmung per Handzeichen.

## II. Beschluss:

Der Kreistag des Donnersbergkreises wählt Herrn Tristan Kappel als Stellvertreter in den Schulträger- sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Manfred Reinecke und Herr Stefan Balzer werden als beratende Mitglieder in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Zu Punkt 7 der Tagesordnung: Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben;  
Kostenerstattung an die Verbandsgemeinden im  
Rahmen der Landratswahl 2017**

I. Sachverhalt:

Landrat Werner: „Laut § 72 Kommunalwahlgesetz tragen die Landkreise die Kosten der Wahlen ihrer Organe. Nach Satz 2 sind den Verbandsgemeinden die Kosten der Wahl eines Organs des Landkreises von diesem pauschal zu erstatten.“

Sowohl bei der Landratswahl im Jahr 2009 als auch bei den vergangenen Kreistagswahlen wurde diese Erstattungsmöglichkeit seitens der Verbandsgemeinden nicht geltend gemacht, da es sich jeweils um verbundene Wahlen handelte. Da am 07.05.2017 in allen Verbandsgemeinden des Donnersbergkreises ausschließlich die Landratswahl ansteht, sollen dieses Mal auch die entsprechenden Kosten erstattet werden.

Konkret handelt es sich dabei um die Kosten für den Druck der Wählerverzeichnisse, den Druck der Wahlbenachrichtigungen einschließlich deren Versand, Erfrischungsgelder für Wahlhelfer sowie sonstige Druck- und Papierkosten. Darüber hinausgehende Sach- und Personalkosten werden nicht erstattet. Neben der Beschaffung der Stimmzettel soll nun auch die Beschaffung der weiteren Wahldrucksachen (Stimmzettelumschläge, Wahlbriefumschläge, Merkblätter für die Briefwahl) zentral durch die Kreisverwaltung erfolgen.

In Abstimmung mit dem Büro des Landeswahlleiters und anderen Kreisverwaltungen in Rheinland-Pfalz sollen den Verbandsgemeinden pauschal Kosten in Höhe von 1,20 € je Wahlberechtigtem erstattet werden. Diese Pauschale bezieht eine eventuelle Stichwahl mit ein. Bei rund 60.000 Wahlberechtigten im Landkreis kämen somit 72.000 € zustande. Hinzu kommen die Aufwendungen für die oben genannten Umschläge, sodass der bereits bestehende Ansatz in Höhe von 2.500,00 € (Ansatz für Stimmzettel) auf 80.000,00 € erhöht werden muss.“

II. Beschluss

Der Kreistag stimmt überplanmäßigen Ausgaben für die Wahl zum Landrat des Donnersbergkreises am 07.05.2017 in Höhe von rund 77.500 € zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Anfrage der FDP-Fraktion zu den Beschäftigungsverhältnissen im Donnersbergkreis

### I. Sachverhalt:

Christian Ritzmann (FDP) bat mit E-Mail vom 28.02.2017 um Beantwortung folgender Fragen in der heutigen Kreistagssitzung:

- Wie hoch ist der Anteil von tariflich Beschäftigten (ohne Beamten) mit einem befristeten Arbeitsvertrag?
- Wie hat sich dieser Anteil in den letzten 5 Jahren verändert?
- Wie beurteilen Sie das Instrument der Befristungen aus Sicht des Landkreises?

Landrat Werner beantwortet die Fragen:

Aktuell sind bei der Kreisverwaltung 19 tariflich Beschäftigte mit einem Zeitvertrag angestellt (ohne Auszubildende). Bei insgesamt 346 Beschäftigten handelt es sich hierbei um einen Anteil von 5,49%. Die Gründe dafür sind Elternzeitvertretungen, Krankheitsvertretungen oder projektbezogene Arbeitsplätze.

In den vergangenen Jahren lag der Anteil der Beschäftigten mit einem befristeten Arbeitsvertrag bei:

2013 – 4,3 %

2014 – 5,7 %

2015 – 4,2 %

2016 – 3,9 %

2017 – 5,5 %

Die Befristungen sind dort notwendig, wo auch lange Ausfallzeiten von Mitarbeitern überbrückt werden müssen, wie bei Mutterschutz und Elternzeit oder bei längerer Krankheit. Des Weiteren sind Befristungen nötig, wo ein zeitlich befristeter Auftrag abgearbeitet werden muss, wie z. B. bei der Bildungskordinatorin für Flüchtlinge.

Landrat Werner hält es grundsätzlich für die persönliche Entwicklung und für die Motivation von Mitarbeitern unerlässlich, dass sie unbefristete Arbeitsverträge erhalten. Die Mitarbeiter mit Zeitverträgen erhalten auch oft im Rahmen von natürlicher Fluktuation unbefristete Arbeitsverträge.

Christian Ritzmann (FDP) merkt an diese Thematik wird derzeit politisch skandalisiert. Er hält die 16,5 % Befristungen im Durchschnitt der Wirtschaft für einen nicht ausufernden Anteil. Aus diesem Grund habe er diese Anfrage gestellt.

Am Schluss des öffentlichen Teils gibt Landrat Werner die Beschlüsse aus der letzten, nicht öffentlichen Sitzung bekannt.

Landrat Werner bedankt sich anschließend bei den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 16.50 Uhr die Sitzung des Kreistages.

gez.  
(Werner)  
Vorsitzender

gez.  
(Herbrandt)  
Schriftführerin

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

## **ABSCHLUSS**

Tag der Einladung: 15.02.2017

Tag der Sitzung: 02.03.2017

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.50 Uhr

Zahl der Mitglieder des Kreistages 38

Zahl der anwesenden Mitglieder des Kreistags 30

Zahl der abwesenden Mitglieder des Kreistages 8

Vorsitzender: Landrat Winfried Werner

Schriftführer/in: Verwaltungsangestellte Tatjana Herbrandt